

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.03.2013**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU – Vertretung für Herrn Raik Müller
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter FB Soziales
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin FB Gesundheit
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung FB Gesundheit – zeitweise -
Herr Christian Deckert	Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung
Herr Michael Gerstner	Koordinator Schulsozialarbeit FB Bildung
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Martina Vorfrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Heimbach	Leiterin Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – Schulerfolg Sichern – Villa Jühling
Frau Schlademann	Mitarbeiterin Villa Jühling
Herr Schütz	Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Raik Müller	CDU
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Brigitte Thieme	SKE
Herr Christian Weinert	SKE
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen FB Soziales
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin FB Gesundheit
Herr Andreas Wilhelm	Leiter DLZ Familie
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Geschäftsbereich IV

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung.

Sie gab bekannt, dass die Niederschrift vom 14. Februar 2013 noch nicht fertig gestellt wurde, da Frau Kerner erkrankt ist.

Anschließend stellte sie Frau Horn aus dem Fachbereich Gesundheit als heutige Schriftführerin vor und bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat folgende TOP von der Tagesordnung zu streichen:

- TOP 3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2013
- TOP 10. Vorstellung des neuen Ausländerbeiratsvorsitzenden  
Zeitgleich zum Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss fanden andere Sitzungen statt, daher bat der Vorsitzende des Ausländerbeirats um die Verschiebung seiner Vorstellung in die April- Sitzung des Ausschusses.  
Vorgemerkt im Themenspeicher für April 2013.

Desweiteren bat sie um Zustimmung für folgende Änderungen:

- Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle (TOP 7) soll vorgezogen werden (nach TOP 5)
- Zusammenlegung der TOP 8 und 9 zu einem Tagesordnungspunkt mit zwei Schwerpunkten

**Herr Schachtschneider, CDU-Stadtratsfraktion**, meldete sich zu Wort und gab einen Änderungsantrag zum TOP 5.1 aus. Entsprechende Erläuterungen erfolgten bei der Beratung zum betroffenen Tagesordnungspunkt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, gab an, dass **Herr Kogge**, Beigeordneter **Geschäftsbereich Bildung und Soziales**, am Finanzausschuss teilnimmt und **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, seine Aufgabe, Anregungen und Anfragen der Stadträte an die Verwaltung weiterzugeben, übernehmen wird.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, forderte die anwesenden Stimmberechtigten auf, über die geänderte Tagesordnung abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.**

Die geänderte Tagesordnung wurde wie folgt festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 4.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung  
Vorlage: V/2013/11368
  - 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der MitBÜRGER – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung (V/2013/11368)  
Vorlage: V/2013/11597
5. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
6. Bericht Bildung und Teilhabe sowie "Schulerfolg sichern" und zur Schulsozialarbeit
7. Vorstellung des Konzeptes der Begegnungsstätte Ausländer und Deutsche bei der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft"
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
  - 9.1. Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für das Jahr 2011  
Vorlage: V/2013/11357
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

### **zu 3        Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

### **zu 4        Anträge von Fraktionen und Stadträten**

#### **zu 4.1     Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung Vorlage: V/2013/11368**

Zur Erläuterung und Information der Vorlage erteilte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, das Wort.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass die Vorlage auf einen Antrag ihrer Fraktion im Stadtrat zur Sozialplanung für die Stadt Halle (Saale) basiert und ein Fundament dafür bilden soll. Sie stellte fest, dass sich die Verwaltung mit der Ausarbeitung einer Sozialplanung schwer tut, obwohl man sich bei anderen Städten, die bereits eine Sozialplanung haben, Ratschläge holen könnte. Es folgte eine Definition der modernen Sozialplanung aus Nordrhein-Westfalen. Diese kann von **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM** zur Verfügung gestellt werden. Um die Notwendigkeit einer strategischen Sozialplanung und Steuerung zu untermauern, gab sie an, dass die Sozialausgaben stetig steigen und inzwischen die Hälfte des Verwaltungshaushaltes ausmachen. Die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

sieht ebenfalls Vorteile in der Doppik, da hier budgetorientiert gearbeitet wird und dies mit einer strategischen Sozialplanung einfacher wäre. Zur Erarbeitung einer strategischen Sozialplanung regte sie die Verwaltung an, die fünf in Halle bestehenden Sozialräume einzubeziehen. Durch die Analyse von Bürgerversammlungen, Pflegeeinrichtungen usw. habe die Verwaltung die Möglichkeit, soziale Verhältnisse in der strategischen Sozialplanung darzustellen. Die Verwaltung soll sich mit dieser Thematik beschäftigen und die strategische Sozialplanung im Haushalt 2015 berücksichtigen. Zuletzt bemerkte sie, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion als Punkt 4 übernommen werden kann.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, betonte, dass der Punkt 4 sehr wichtig ist, da daraus ersichtlich wird, welche Ziele angestrebt werden. Die CDU-Fraktion stimme für den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung, wenn der Punkt 4 wortgleich übernommen wird.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erklärte, dass Ziele im Rahmen der Produktentwicklung in den doppelten Haushalt mit einfließen müssen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, forderte anschließend **Herrn Weiske, Stabsstelle Sozialplanung, Fachcontrolling und Koordination**, auf sich zum Thema zu äußern.

Zuerst stellte **Herr Weiske, Stabsstelle Sozialplanung, Fachcontrolling und Koordination**, fest, dass die bestehenden Schwierigkeiten bei der Erstellung der strategischen Sozialplanung auf Kommunikationsprobleme zurückzuführen sind. Der strategischen Sozialplanung wird von Verwaltungsseite zugestimmt und bereits bei Teilen umgesetzt. Im Kinderarmutsbericht wurden bereits Handlungsempfehlungen und ein Konzept zusammengefasst. Die Festlegung von Zielen müsse in dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppen erarbeitet werden. Das Programm ISEK bietet bereits eine breite Säule, da hier viele soziale Aspekte (z.B. Bildung, Jugend, Familie) eingebunden sind. Die Entwicklung eines Konzeptes muss und soll weiter erarbeitet werden. Eine optimale Darstellung der Ergebnisse wurde noch nicht erreicht, da hier fehlende Transparenz die Nachvollziehbarkeit beeinträchtigt. Im Geschäftsbericht des Geschäftsbereiches IV stellen die Mitarbeiter ihre Ziele dar. Es wird erörtert, was erreicht, was noch nicht erreicht und was sich vorgenommen wurde.

Anschließend wurden die Beteiligten durch **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, aufgefordert, Fragen zu stellen.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, merkte an, dass er die Berichte kenne und die Verwaltung hier ihrer Pflicht nachkomme. Er forderte, dass konkrete Sachlagen aufgeführt werden. Welche finanziellen Mittel stehen zur Verfügung und wie viel wird davon genutzt, um ein optimales Ergebnis zu erzielen.

**Herr Weiske, Stabsstelle Sozialplanung, Fachcontrolling und Koordination**, antwortete, dass in den Berichten, u.a. Kinderarmutsbericht, Handlungsempfehlungen, Strategien und Prioritätenlisten eingearbeitet sind. Diese geforderten Inhalte wurden in den Fachplanungen der Jugendhilfebedarfsentwicklungsplanung und dem Schulentwicklungsplan 2012 integriert.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, merkte an, dass Einzelplanungen in Form der Berichte (Kinderarmutsbericht etc.) schon gemacht wurden. An der geforderten Sozialplanung sollen Verwaltung, Politik und Bürger zusammenarbeiten. Momentan fehle ihr das Controlling, um abschätzen zu können, wo bestimmte Maßnahmen zielführend sind und wo nicht. Die demografische Entwicklung müsse zudem stärker berücksichtigt werden. Die Stadt Dessau hat dazu einen Sozialatlas entwickelt. Es soll auch

in der Stadt Halle begonnen werden, sich einen Gesamtüberblick dazu zu verschaffen. Sie verlange nicht, dass zum Ende dieses Jahres eine fertige Sozialplanung vorliegt.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, sagte, dass die Reflektion auf den Armutsbericht enthalten ist. Sie bat darum, dass sich auch die Bereiche Senioren, Migranten und Behinderte in der Sozialplanung niederschlagen.

Die Fraktion DIE LINKE werde dem Antrag zustimmen, gab **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, zu Protokoll. Sie schlug vor, dass Zwischenetappen ausgehandelt werden, um Kommunikationsprobleme zu vermeiden. Inhalte sollen so besser abgestimmt werden.

**Herr Weiske, Stabsstelle Sozialplanung, Fachcontrolling und Koordination**, entgegnete, dass seine Stabsstelle den Plan erfüllen werde.

Dass Sozialräume intensiver beleuchtet und Diskussionen in den Quartiersrunden geführt werden, schlug **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, vor.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, sieht den Bericht als Indikatorensystem.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, forderte die sachkundigen Einwohner auf, ein Votum abzugeben, ob die stimmberechtigten Stadträte über den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, zusammen mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion, positiv entscheiden sollten.

**Votum SKE:**                    einstimmig dafür

Abschließend wurden die stimmberechtigten Stadträte von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, aufgefordert, über den Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, mit dem übernommenen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, abzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**                    einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppelten Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.
4. **Die Ziele und Handlungsempfehlungen werden als Grundlage für eine bedarfsorientierte Vergabe von Fördermitteln für Träger und Projekte der sozialen Arbeit herangezogen.**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der MitBÜRGER - NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung (V/2013/11368)  
Vorlage: V/2013/11597**

**Abstimmungsergebnis:** erledigt,  
da von der Fraktion MitBÜRGER – NEUES FORUM  
übernommen

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt eine Konzeption zur strategischen Sozialplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung bis zur Aufstellung des doppischen Haushalts 2014 vorzulegen. Die Konzeption soll die ganzheitliche Betrachtung sozialstruktureller Belange umfassen und neben der Evaluation der Bestandsdaten einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen enthalten sowie die Zielperspektive darstellen.
2. Die Erstellung der Konzeption soll unter Mitwirkung aller Dezernate, Vertretern des Stadtrates, Vereine und Verbände sowie der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Halle (Saale) erfolgen.
3. Ziele und Handlungsempfehlungen werden regelmäßig fortgeschrieben.
4. **Die Ziele und Handlungsempfehlungen werden als Grundlage für eine bedarfsorientierte Vergabe von Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit herangezogen.**

**zu 5 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** erteilte **Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle,** das Wort. **Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter,** teilte im Vorfeld eine Übersicht zu den Rechtskreisen SGB II für den Monatsbericht Februar 2013 aus. Dazu gab sie zunächst einige Erläuterungen. Zum Bestand der Arbeitslosen im Februar nannte sie als Hauptproblem die Langzeitarbeitslosen, die oftmals keinen verwertbaren Berufsabschluss haben. Das Jobcenter ist dabei, Maßnahmen zu ergreifen um dem entgegenzusteuern, z. B. in Form von neuen Ausbildungen. Dass die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, sei saisonal bedingt. Zum Gebiet der Bildung und Teilhabe gab sie an, dass insgesamt 33.491 Anträge eingegangen sind. Davon wurde 24.114 Anträgen stattgegeben, 1.770 abgelehnt, 343 Anträge wurden zurückgezogen und 835 Anträge waren zum Stand 28.02.2013 noch nicht bearbeitet.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** fragte nach, ob zum Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle noch Fragen sind. Dies war nicht der Fall.

**zu 6 Bericht Bildung und Teilhabe sowie "Schulerfolg sichern" und zur Schulsozialarbeit**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** forderte **Frau Heimbach, Leiterin der Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – Schulerfolg sichern – Villa Jühling** und **Frau Schlademann, Mitarbeiterin Villa Jühling** auf, das Programm „Schulerfolg sichern!“ vorzustellen. Dazu wurde eine PowerPoint-Präsentation vorbereitet und den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Das ESF-Programm wird landesweit umgesetzt. Es wurden Rahmendaten, Ziele, Erfolge, Herausforderungen und Ausblick des Programms erläutert.

Anschließend wurde die Schulsozialarbeit über „Bildung und Teilhabe“ von **Herrn Gerstner, Koordinator Schulsozialarbeit FB Bildung** und **Herrn Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung** mittels einer PowerPoint-Präsentation erklärt. Auch diese wurde an die Ausschussmitglieder verteilt.

Nach beiden Vorträgen forderte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, die Anwesenden auf, Fragen zu stellen.

Als erstes meldete sich **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, zu Wort. Er bedankte sich für die Ausführungen, bemängelte aber die Prioritätenliste des Berichtes der Sozialarbeit über „Bildung und Teilhabe“. Die Förderschulen dürften nicht zuletzt genannt werden. Seines Wissens hätten lediglich zwei Berufsschulen im Stadtgebiet Bedarf an Schulsozialarbeitern und die Sekundarschulen seien besonders wichtig, da hier ein hoher Ausländeranteil ist. Er forderte, die Prioritätenliste zu überarbeiten. **Herr Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung**, antwortete, dass die Prioritätenliste nicht bindend ist.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, wollte außerdem wissen, ob es für das ESF-Projekt Zahlen von Schülern gibt, die keinen Hauptschulabschluss haben. Konkrete Zahlen aus der Stadt Halle gäbe es nicht, wurde von **Frau Heimbach, Leiterin der Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – Schulerfolg sichern – Villa Jühling**, geantwortet.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, erkundigte sich nach der Wirkung des ESF-Programmes, warum sich der erhoffte Schneeballeffekt nicht eingestellt habe. **Frau Heimbach, Leiterin der Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – Schulerfolg sichern – Villa Jühling**, sagte, dass ESF nur Einzelhilfe leisten könne, da die finanziellen Mittel begrenzt sind. **Herr Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung**, ergänzte, dass die Sozialarbeit über „Bildung und Teilhabe“ andere Voraussetzungen hat, als über ESF. **Herr Gerstner, Koordinator Schulsozialarbeit FB Bildung**, erklärte, dass es für die Sozialarbeit über „Bildung und Teilhabe“ fünf neue Anfragen aus Schulen gibt. Bei diesem Projekt muss die Schulform berücksichtigt werden. Außerdem gibt es ein drittes Programm vom Kultusministerium. Dabei arbeiten an Schulen pädagogische Mitarbeiter, die unter Schulaufsicht stehen. Diese Schulen haben dann keinen Bedarf mehr an einem Schulsozialarbeiter.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, bemängelte, dass die Grundschulen und Kindertagesstätten in der Prioritätenliste nicht berücksichtigt werden. Wenn man an diesem Punkt Problemlösung betreibt, ist der Bedarf an den Sekundarschulen geringer. **Herr Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung**, nannte als Grund für die Aufteilung dieser Prioritätenliste, das zur Verfügung stehende Geld. **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wollte weiterhin wissen, wie sich die Stadt bei der Zwischenfinanzierung des ESF Projektes ab 2015 beteiligt. Die Antwort der Verwaltung wird schriftlich ergehen. Durch **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, soll die Frage weitergegeben werden. **Herr Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung**, ergänzte, dass das ESF-Programm ein Landesprogramm und die Stadt nicht involviert ist.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, erkundigte sich bei Frau Heimbach und Frau Schlademann, ob die Villa Jühling auch bei anderen Institutionen, z. B. dem Bildungsministerium, um Unterstützung gebeten hat. Beide nickten. Des Weiteren wollte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, wissen, ob eine neue Stelle für das ESF-Programm durch die Stadt gestellt werden kann, da momentan nur 1 ½ Vollzeitstellen eingeplant sind. Diese neue Stelle könne man im Fachbereich Bildung verankern. **Herr Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung**, antwortete, dass die Unterschiede in der Stellenanzahl (Sozialarbeit über Bildung und Teilhabe 4 Vollzeitstellen) in den unterschiedlichen Aufgaben liegen. So werden über Bildung und Teilhabe neben der Sozialarbeit noch Anträge bearbeitet und Beratungen durchgeführt. **Frau**



**Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, forderte Frau Heimbach und Frau Schlademann auf, ihre bildungsbezogenen Angebote näher zu erläutern. **Frau Heimbach, Leiterin Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – Schulerfolg sichern – Villa Jühling**, nannte das „Boxenstop“-Projekt, das einem Schulabbruch entgegensteuern soll. Das Projekt „StarterKit“ soll Schülern von IGS und KGS in zwei Wochen den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erkundigte sich nach einer Evaluation, wie viele Kinder erreicht werden und warum Gymnasien in der Prioritätenliste fehlen. Sie meinte, dass diese Liste überdacht werden müsse, da nicht nur sozialschwache Kinder Berücksichtigung finden dürfen, sondern auch diese, die mit großem Druck nicht klarkommen. **Frau Heimbach, Leiterin Netzwerkstelle Schulsozialarbeit – Schulerfolg sichern – Villa Jühling**, erklärte, dass es zum ESF-Projekt eine wissenschaftliche Begleitung gebe. Berichte dazu sind nicht öffentlich einsehbar, der Zwischenbericht könne dem Protokoll angehängt werden. Ein Abschlussbericht liegt momentan dem Kultusministerium vor. Zu der erreichten Kinderanzahl liegen Listen vor, mit welchen Klassen welches Projekt durchgeführt wurde. Zu der Gymnasiumproblematik sagte sie, dass die Projekte des ESF ohne die Einwilligung der Schulleiter nicht stattfinden dürfen.

**Herr Dr. Bartsch, Fraktion DIE LINKE.**, merkte an, dass die Schwerpunkte der Sozialarbeit vor allem in Halle Neustadt liegen. **Herr Deckert, Teamleiter Jugendhilfeplanung FB Bildung**, schlug vor, das Landesverwaltungsamt zu Beratungsgesprächen einzuladen, um auch Schulen zu erreichen, in denen die Schulleitung kein Interesse an Schulsozialarbeit zeigt.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der Verteilung von männlichen und weiblichen Sozialarbeitern. Es wurde auf einen verteilten Flyer verwiesen, in dem die Zahlen und Namen nachgelesen werden können.

Da sich keine weiteren Fragen ergeben, beendet **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, die Diskussion und bedankt sich nochmals für die Vorträge.

## **zu 7        Vorstellung des Konzeptes der Begegnungsstätte Ausländer und Deutsche bei der Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft"**

**Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, stellte das Konzept der Begegnungsstätte Ausländer und Deutsche mittels einer PowerPoint-Präsentation vor. Zunächst bedankte er sich für die Möglichkeit der Vorstellung des Konzeptes und gab einen Rückblick über die Schwerpunkte. Die Begegnungsstätte ist eine Anlaufstelle für Vereine, Einzelpersonen und Ansprechpartner für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Begegnungsstätte soll einen Erfahrungsaustausch ermöglichen und hat als Ziel, Akzeptanz zu schaffen. Im weiteren Verlauf stellte **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, Projekte und Veranstaltungen vor, die mit Hilfe der Begegnungsstätte durchgeführt werden. Auch in dieser Einrichtung beschäftigt man sich mit der Problematik der Schulsozialarbeit. Im Rahmen von interkultureller Arbeit werden z. B. Berufsschullehrer weiter qualifiziert. Das Begegnungszentrum berät Steuerungsgruppen bei der Erstellung eines Qualitätsmanagements an Berufsschulen. Die größte Aufgabe der interkulturellen Arbeit ist es, Toleranz und Akzeptanz zu schaffen. Des Weiteren betreibt man Konfliktmanagement in Zusammenarbeit mit dem ESF-Projekt in Rahmen von Workshops, z. B. in Kinder- und Jugendhäusern. Hier werden vorhandenen Schnittstellen genutzt. Als Konfliktberater in Berufsschulen werden Jugendliche eingebunden.

Die Beratung in der Begegnungsstätte wird von mehrsprachigem Personal durchgeführt. Zurzeit sind 7 Sprachen permanent verfügbar. So kann man bei der Arbeit mit Ämtern auf Dolmetscher zurückgreifen. Ein ständiges Angebot des Zentrums ist die Bereitstellung von Räumlichkeiten, z. B. für Vereine. Die interkulturelle Woche wird über die Begegnungsstätte organisiert. Das Bestehen dieser Aktion steht ab 2017 in Frage, da dann das Land keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Ein weiteres geplantes Fest ist das Marokkanische Festival im Juni 2013 in Halle. Die Finanzierung wird komplett von Marokko übernommen. Dieses Fest ist ein bundesweites, was an drei Standorten durchgeführt wird.

**Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, machte deutlich, dass solche Projekte erst durch die Begegnungsstätte ermöglicht werden können. Weitere Projekte der Begegnungsstätte sind z. B. „IDA“ (Integration durch Austausch). Aktuell waren Jugendliche zum Erfahrungsaustausch in Schweden. Das Projekt „XENOS“ wird zusammen mit ESF initiiert. Ziel ist es, dem Arbeitskräftemangel entgegenzusteuern.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich für die ausführliche Darstellung und gab Raum für Nachfragen.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, äußerte, dass sie beeindruckt ist von der Vielfalt der angebotenen Projekte und Möglichkeiten. Allerdings bemängelte sie, dass die Interkulturelle Woche an Qualität verloren hat, immer weniger Träger sich beteiligen und dabei Angebote verloren gehen, kein Austausch mehr stattfinden kann.

**Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“** gab an, dass ein Grund dafür die Reduzierung der Finanzierung von 20.000 € auf 7.000 € sei. Im Falle des arabischen Zeltes sei es auch ein hoher logistischer Aufwand das Zelt aufzubauen. Auch der Mangel an ehrenamtlichen Helfern sei ein Grund für die Verschlechterung. Zurzeit sind 40 Vereine und 36 Einzelpersonen an der Organisation, Planung und Durchführung der Woche beteiligt. Die Begegnungsstätte motiviert zur Teilnahme an der interkulturellen Woche, hat selber keine Entscheidungsgewalt.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, merkte die große Vielfalt der Angebote an und dass auch ein abgelegener Standort seine Vorteile hat. Sie wollte wissen, wie hoch die Saalmieten für zahlungsfähige und Fördervereine sind, ob dort Unterschiede gemacht werden. **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, antwortete, dass der Eigenanteil der Begegnungsstätte über Mieteinnahmen gedeckt wird. Die Höhe der Mieten wird abgestuft. So zahlt der LIGA e. V. für Vereinssitzungen keine Miete, ein Pastor für Gottesdienste und eine Tanzgruppe zahlen ca. 80 € pro Monat. **Herr Bonan, SPD-Stadtratsfraktion**, fragte nach einer Differenzierung zu Firmen, z. B. „Zur Rose“. **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“** erklärte, Betriebe zahlen zwischen 400 € und 500 €, Einzelpersonen zwischen 200 € und 220 € und Vereine die im öffentlichen Interesse agieren, zahlen 0 €.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, wollte wissen, welche Ziele die einzelnen Projekte haben und wie sich diese messen lassen. ESF wird über das Deutsche Jugendinstitut evaluiert, IDA und IQ führen eigene Evaluationen durch. Zurzeit liegen noch keine Zahlen vor. Hausinterne Evaluationen werden nicht durchgeführt, erläuterte **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erfragte, ob es eine Bündelung der Angebote in Form eines Konzeptes gibt. **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, antwortete, dass es lediglich eine Darstellung des Begegnungszentrums gibt, ein Konzept mit dem Schwerpunkt der Projekte gibt es nicht, da kein Personal zur Erstellung vorhanden ist. Er könne Zahlen zur Verfügung stellen und die vorhandene Darstellung dem Protokoll zugeben.

**Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, fragte nach der Vorgehensweise des Bildungszentrums bei der Erstellung des Qualitätsmanagements an Berufsschulen. **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“** erklärte, dass das Schweizer Modell angewandt wird. Dabei bietet das Begegnungszentrum den Steuerungsgruppen Beratungen zu verschiedenen Themen an (z.B. XENOS) und gibt Hinweise, sodass die Qualitätsmanagements von den einzelnen Berufsschulen übereinstimmen. Das Begegnungszentrum direkt betreibt kein Qualitätsmanagement. **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, gab den Hinweis, dass sich Herr Schütz an das LISA wenden soll. **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, entgegnete, dass das Qualitätsmanagement von den Schulen direkt initiiert wird.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, fragte nach den vorhandenen Mitarbeitern und wie Menschen mit Migrationshintergrund den Weg zum Begegnungszentrum finden. **Herr Schütz, Bereichsleiter Begegnungszentrum für Ausländer und Deutsche der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“**, antwortete, dass er keine weiteren Mitarbeiter hat und Menschen über Mundpropaganda über die Begegnungsstätte informiert werden. Sie führen sehr viele Beratungen durch und haben keine Probleme mit Leerlauf.

Abschließend wünschte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, Herrn Schütz weiterhin viel Erfolg für das Begegnungszentrum.

## **zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es wurde festgestellt, dass keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten eingereicht wurden.

## **zu 9 Mitteilungen**

### **zu 9.1 Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für das Jahr 2011**

**Vorlage: V/2013/11357**

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erklärte zu Beginn, dass Anfragen durch **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, mitgenommen werden, da eine Beantwortung an diesem Tag, bedingt durch die Abwesenheit von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, nicht möglich ist.

Der Fachausschuss nahm den Verwaltungsbericht des Geschäftsbereiches IV für das Jahr 2011 zur Kenntnis.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** fragte anschließend, ob es weitere Mitteilungen gibt.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales,** teilte mit, dass er zu Beginn der Sitzung zwei Blätter verteilt hat. Dies betrifft zum einen eine Aufstellung, die den pflichtigen Bereich betrifft, zum anderen um Förderanträge für Selbsthilfegruppen und Projekte im freiwilligen Bereich. Diese Mitteilungen sind zunächst als Information für die Stadträte gedacht. Daher ist für die Förderanträge im freiwilligen Bereich kein Vorschlag der Verwaltung gemacht worden, in welcher Höhe Mittel ausgezahlt werden. Es ist lediglich der Ist-Stand. Für den pflichtigen Bereich in der Sitzung im April wird dann auf der Tagesordnung als Beschluss eine entsprechende Vorlage behandelt werden. Für den freiwilligen Bereich wird zum späteren Zeitpunkt eine entsprechende Beschlussvorlage, voraussichtlich im Mai, erstellt werden. **Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte,** fragte, warum Mittel für den Seniorenrat aus dem pflichtigen Teil genommen wurden. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales,** entgegnete, dass das Geld für den Seniorenrat dem OB-Bereich zugeordnet worden ist und er im Übrigen keine Freigabe von diesem Bereich hat. **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion,** wünschte eine Begründung, warum die Zahlen gestiegen sind. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales,** erklärte dies mit der gestiegenen Anzahl von Anträgen und den gleichbleibenden Finanzen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** bedankte sich für die beiden Informationen, da es so ermöglicht werde, dass genügend Zeit besteht, die Mittelvergabe innerhalb der Fraktionen zu besprechen.

Anschließend sprach sie den Themenspeicher bis Juni 2013 an. Es fehlte noch der Besuch des Islamischen Kulturcenters. Die Vorstellung der Stadtinsel erfolgt im Mai 2013 und die Beschlussvorlagen von Herrn Baus müssen noch eingearbeitet werden.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion,** fragte, ob für April 2013 die Anerkennung der Qualifizierung aus dem Behindertenbereich berücksichtigt werden, was **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** bejahte.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM,** schlug vor, Projekte des Sozialconcierge vorzustellen, da diese bereits sehr erfolgreich sind.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion,** regte an, Verantwortliche des internationalen Frauenflüchtlingshaus einzuladen, um über deren Arbeit zu informieren.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte,** ergänzte dass im Juni 2013 keine Beschlussvorlage zum Gleichstellungsaktionsplan erfolgt, sondern eine Diskussionsgrundlage.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** informierte über die Einladung an die Stadtratsfraktionen anlässlich des diesjährigen "Equal Pay Day's" am 21.03.2013, 16:00 Uhr im Stadthaus, kleiner Saal.

**Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte,** informierte über den „Equal Pay Day“. An diesem Tag (21.03.2013) haben Frauen im Durchschnitt das gleiche Geld verdient, wie Männer zum 31.12. Dies mal ist der Schwerpunkt im Bereich der Pflege gesetzt.

## zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

**Herr Menne, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach der Finanzierung des Seniorenrates. **Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion**, bat darum, **Herrn Dorn, Vorsitzender des Seniorenrates**, das Rederecht zu erteilen, dieser Bitte wurde zugestimmt.

**Herr Dorn, Vorsitzender des Seniorenrates**, berichtete, dass fast alle Mittel bereits aufgebraucht sind. Es gibt einen neuen Sponsoring Vertrag mit der HWG, welcher dem Seniorenrat die entgeltfreie Nutzung von Räumlichkeiten zusichert. Im 1. Quartal existierte der Rat von geborgten Geldern, ab April gibt es keine Finanzierungsmöglichkeiten mehr. Eine Lösung des Problems ist auch nicht zu erwarten. **Herr Dorn, Vorsitzender des Seniorenrates**, führte bereits ein Gespräch mit **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, in dem ihm mitgeteilt wurde, er solle sich an die Fraktionen wenden. Er erklärte weiterhin, dass er für alle Belange des Rates alleine zuständig sei, da er die einzige Mitarbeiterin entlassen musste. Um die finanziellen Schwierigkeiten zu untermauern, erklärte er, dass er sogar Rechnungen von der Telekom stunden lassen musste. Falls es keine Zeitnahe Lösung gibt, wird der Seniorenrat sich in Kürze auflösen müssen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bedankte sich für seine Ausführungen, konnte jedoch noch keine Antwort auf das Finanzierungsproblem geben. Dies müsse erst in den verschiedenen Ausschüssen besprochen werden. Sie sicherte ihm zu, an dem Thema dran zu bleiben.

**Herr Menne, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erkundigte sich, ob das Handbuch der Migrationsarbeit Halle auch auf die Internetseite von Halle gestellt werden könne. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erklärte, dass seine Anfrage durch **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, an die Verwaltung weitergeleitet wird.

**Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, fragte nach, ob das ausgehändigte Informationsmaterial als PDF-Datei an das Protokoll angehängt werden könne, da es sonst verloren geht.

**Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, erkundigte sich nach dem Stand der Grippewelle in Halle. **Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit**, antwortete, dass der Höhepunkt der Grippewelle in Halle noch nicht erreicht ist. In den letzten beiden Tagen wurden pro Tag ca. 35 neue Grippefälle gemeldet. Laut Robert-Koch-Institut dauert die Grippewelle ungefähr bis zur 14. Kalenderwoche eines Jahres an. Diese Grippewelle begann allerdings schon wesentlich zeitiger als die letzten und bis jetzt ist noch keine Ende in Sicht. Es ist allerdings ein bundesweites Problem.

## zu 11 Anregungen

**Herr Bonan, SPD-Stadtratsfraktion**, sprach den Zirkus „Afrika“ an, der zurzeit in Halle gastiert. Er sagte, dass er es nicht in Ordnung findet, dass das Veterinäramt dem Zirkus beste Ordnungsmäßigkeit bescheinigt, der Beigeordnete Elefanten auf dem Markt füttert und Freikarten verteilt, aber die Tierschützer zeitgleich rebellieren. Hier müssen verwaltungsinterne Vereinbarungen getroffen werden. Er ist der Meinung, dass ein Zirkus keine Reklame durch die Verwaltung benötigt.

**Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung FB Gesundheit**, erhielt das Rederecht und führte aus, dass die Presse verbreitet hatte, das Veterinäramt habe dem Zirkus Bestnoten erteilt. Sie stellte klar, dass dies nicht der Fall ist. Durch das Veterinäramt wurden Mängel festgestellt und auch Maßnahmen zur Beseitigung

ergriffen. Der Zirkus ist in seinem Handeln an seine bundesweit gültige Erlaubnis gebunden. Um dies zu überprüfen, wurden z. B. Datenlogger im Elefantenzelt aufgestellt, um die Temperatureinhaltung zu überprüfen. Für das Stadtgebiet Halle (Saale) werden dem Zirkus mittels eines Bescheids Auflagen erteilt.

**Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, fragte, ob es nötig sei, dass Rentiere in Halle gehalten werden. Es folgte dazu eine kurze Info durch **Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung FB Gesundheit**, dass der Eigentümer der Rentiere die Stadtmarketinggesellschaft ist. Insofern ist die Frage gegebenenfalls dort zu beantworten.

Anschließend beendete **Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, den öffentlichen Teil der Sitzung, verabschiedete alle Gäste.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.04.13

---

Susanne Wildner  
Gleichstellungsbeauftragte

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Ulrike Horn  
Protokollführerin